

Betreff:

Talfahrt der heimischen Wirtschaft beenden
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.03.2024 -

Antragstext:

Steigende Gebühren und Abgaben, fehlende Planungssicherheit und Fachkräftemangel: Wie der neue Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden zeigt, befindet sich die regionale Wirtschaft in schwierigen Zeiten. Auch für die nächsten 12 Monate haben die Unternehmen insgesamt schlechte Erwartungen.

Um die heimische Wirtschaft anzukurbeln und dem Abwärtstrend frühzeitig entgegenzusteuern, bedarf es dringend wirtschaftlicher Entlastungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie er die Ergebnisse des neuen Konjunkturberichtes der IHK Wiesbaden einschätzt und mit diesen umgeht.
 - a. Sind bereits Maßnahmen geplant, um dem Abwärtstrend insgesamt entgegenzusteuern?
 - b. Welche Auswirkungen hat die aktuelle wirtschaftliche Lage speziell auf die Beschäftigten in der Region?
2. zu berichten, wie die Landeshauptstadt Wiesbaden die Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen und Bildungseinrichtungen fördert, um den Fachkräftebedarf zu decken.
 - a. Der Bedarf an Arbeitsstellen für den Wirtschaftsraum ist in absoluten Zahlen von 15.947 auf 17.867 Stellen gestiegen. Aus welchen Gründen ist die Arbeitslosenquote in Wiesbaden im direkten Vergleich mit anderen Rhein-Main-Städten wiederholt höher, obwohl sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt verändert hat? Wie lässt sich die hohe Arbeitslosenquote in der Region erklären?
 - b. Warum ist die Arbeitslosenquote in Wiesbaden mit 8,2% (+ 0,7 Vorjahresmonat) höher als im Rheingau-Taunus Kreis, wo die Arbeitslosenquote bei 4,9% (+ 0,5 Vorjahresmonat) liegt? Welche Gründe werden hierfür gesehen und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Arbeitslosenquote langfristig in Wiesbaden zu reduzieren?
3. zu prüfen und zu berichten, welche Impulse für die heimische Wirtschaft gesetzt werden können, um das Wachstum entgegen der Erwartungen anzukurbeln und regionale Unternehmen endlich spürbar zu entlasten. Besonders der Einzelhandel, der als das neue Sorgenkind der Branchen gesehen wird, sollte hierbei Berücksichtigung finden.

Wiesbaden, 06.03.2024

Antrag Nr. 24-F-69-0022
CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

Dr. Reinhard Völker
Wirtschaftspolitischer Sprecher
CDU-Fraktion

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion

Louise-Lydia Wagenbach
Beschäftigungspolitische Fachsprecherin
CDU-Fraktion

Lucas Schwalbach
Wirtschaftspolitischer Sprecher
FDP-Fraktion

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
FDP-Fraktion

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende
BLW/ULW/BIG

Veit Wilhelmy
Stadtverordneter
BLW/ULW/BIG

Faissal Wardak
Stadtverordneter
BLW/ULW/BIG